

«DIE ABHÄNGIGKEIT DER BESITZLOSEN»

Eine globale Ordnung ist dann gerecht, wenn alle Menschen die gleichen Lebenschancen haben, sagt der Philosoph Urs Marti. Entscheidend sei aber, wer bestimmt, was Chancengleichheit bedeutet. Interview von Sabine Witt

Herr Marti, wo sehen Sie heute in der Debatte über globale Gerechtigkeit das grösste Problem?

URS MARTI: Das grösste Problem besteht heute darin, dass der Markt zum Massstab aller Dinge erhoben wird. Als gerecht gilt, wenn jeder wirtschaftliche Akteur den gleichen Marktzugang hat. Ich misstrauere dieser Doktrin. Denn trotz der Welthandelsorganisation WTO werden die ärmeren Länder nach wie vor diskriminiert. Viele Industriestaaten verdanken ihre günstige Ausgangsposition einer protektionistischen Politik in der Vergangenheit, die nun aber ärmeren Ländern nicht mehr erlaubt sein soll. Selbst wenn eine totale Handelsliberalisierung auf Dauer allen nützen sollte – was bislang nicht bewiesen und auch stark umstritten ist – hätte ein westlicher Multi viel bessere Chancen auf einem solchem Markt als ein Unternehmen aus einem Drittweltland. Märkte, wie sie die Theorie beschreibt, gab es in Wirklichkeit nie. Jeder reale Markt war immer eine Situation, in der die einzelnen Teilnehmer ungleiche Ausgangschancen hatten. Insofern kann man auch aus dem Markt kein Prinzip der Gerechtigkeit herleiten.

Wo sehen Sie die Wurzeln der aktuellen Kontroversen?

MARTI: Die Kontroversen über soziale Gerechtigkeit, die heute auf globaler Ebene geführt werden, erinnern an jene, die im 19. Jahrhundert national ausgefochten wurden. Im Bereich der Wirtschaftspolitik haben die gegenwärtig entscheidenden Debatten bereits in der Nachkriegszeit begonnen, als die Wirtschaftsordnung auf den zwei Prinzipien des Freihandels und der Förderung sozialer Gerechtigkeit im Rahmen der Einzelstaaten beruhte. Inzwischen hat man lediglich mehr Erfahrungen, was die forcierte Deregulierung und Spekulationsabenteuer be-

trifft, die zum plötzlichen Ruin einer ganzen Volkswirtschaft führen können.

Wie wirkt sich die aktuelle Globalisierung auf die soziale Gerechtigkeit in der Welt konkret aus?

MARTI: Es liegt in der Logik der kapitalistischen Wirtschaftsform, dass sie sich globalisiert und die Märkte weltweit ausdehnt. Projekte zur Förderung des globalen Freihandels gingen in der Nachkriegszeit stärker als heute davon aus, dass eine Handelsliberalisierung innerhalb von Staaten und zwischen ihnen Gewinner und Verlierer schafft. Die Nationalstaaten übernahmen damals eine grosse Verantwortung, was die soziale Gerechtigkeit angeht. Die moderne Idee der sozialen Gerechtigkeit beruht auf der Überzeugung, dass jemand, der unverschuldet in eine wirtschaftliche Notlage gerät, ein Recht auf staatliche Unterstützung hat; die dafür nötigen materiellen Ressourcen werden über Besteuerung generiert. Dieser Gedanke ist heute zunehmend in Frage gestellt. Das hat nicht nur, aber auch mit Globalisierung zu tun. Denn jene, die über ausreichende Mittel verfügen und etwas abgeben sollten, sind global mobil geworden sind. Sie können sich einen Staat mit geringer Besteuerung aussuchen. Aus diesem Grund ist das System des Sozialstaats auf globaler Ebene etwas ins Wanken geraten.

Welche Rolle haben in diesem Zusammenhang internationale Organisationen wie die UNO gespielt?

MARTI: 1962 hat die UNO die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung UNCTAD gegründet. Deren Ziel war es, die Aussichten der Entwicklungsländer im Handel zu verbessern und zu helfen, sie in die Weltwirtschaft zu integrieren. Die Vorschläge der Entwicklungsländer konnten sich jedoch nicht

durchsetzen, weil dies unter anderem bedeutet hätte, dass die multinationalen Konzerne stärker kontrolliert worden wären. Wenn die Unternehmen investierten, wollten sie möglichst wenigen sozialrechtlichen Beschränkungen unterworfen sein. Faktisch führte das dazu, dass sie Einfluss auf die Sozialgesetzgebung eines Landes nehmen konnten. Die bescheidenste Forderung von den ärmeren Ländern an die reichen Industriestaaten war die nach mehr öffentlicher Entwicklungshilfe. Doch sie hat sich bis heute nicht durchgesetzt; der UNO-Richtsatz von 0,7 Prozent des BIP wird nur von wenigen Ländern erreicht. In diesem Sinne sind die UNO-Vorstösse gescheitert.

Haben wir es denn heute vor allem mit einem Umverteilungsproblem zu tun?

MARTI: Es kommt darauf an, was man unter Umverteilung versteht. Man kann argumentieren, der Kapitalismus sei die rationalste, humanste und effizienteste Wirtschaftsform, die denkbar ist. Die Nachteile des Systems könne man durch den Sozialstaat ausgleichen. Aus einer radikaleren Perspektive würde man sagen: Der Sozialstaat ist ein fauler Kompromiss. Solange die wirtschaftliche Macht ungleich verteilt ist, geraten viele Menschen immer wieder unverschuldet in Notlagen, und der Sozialstaat wird daher grosse Ressourcen verschlingen, ohne dass sich prinzipiell etwas ändert, nämlich die Abhängigkeit der Besitzlosen von den Besitzenden. So die marxistische Auffassung. Das Ganze lässt sich auf die internationale Ebene übertragen. Wenn die Entwicklungsländer keine besseren Entwicklungschancen bekommen, werden sie ewig abhängig und damit hilfsbedürftig bleiben. Ein globaler Sozialstaat wäre mit einer riesigen Bürokratie verbunden und letztlich wohl nicht sehr effizient.

In den wichtigsten Organisationen, die Einfluss auf die Weltwirtschaft haben, geben die mächtigsten Industrieländer den Tarif

durch. Können bei solchen Machtverhältnissen Institutionen wie Welthandelsorganisation, Weltbank und Währungsfonds denn überhaupt zu einer grösseren Gerechtigkeit beitragen?

MARTI: In der WTO haben die Staaten zumindest formell ein gleiches Stimmrecht. Im Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank liegt die Entscheidungsgewalt bei den finanzkräftigen Mitgliedern. Kritiker wie Joseph Stiglitz haben darauf hingewiesen, dass der IWF mit seinen Entscheiden die Situation ganzer Volkswirtschaften und damit von Millionen Menschen verändern kann. Die betroffenen Menschen ihrerseits haben kaum die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die verantwortlichen Entscheidungsträger bei Weltbank und Währungsfonds unterliegen ihnen gegenüber keiner Rechenschaftspflicht. Das entspricht unserem modernen Rechtsverständnis nicht.

Welcher Organisation trauen Sie am ehesten zu, auf eine gerechtere Welt hinzuwirken zu können?

MARTI: Prinzipiell hätten die Organisationen, die aus der UNO hervorgegangen sind, zum Beispiel der Wirtschafts- und Sozialrat ECOSOC, eine grössere Legitimität, weil sie in höherem Masse repräsentativ sind für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Weltbevölkerung. Die WTO hat aber im Hinblick auf die Gestaltung einer Welthandelsordnung ungleich mehr Gewicht und verfügt über eine veritable Sanktionsmacht. Realistischerweise wäre also hier anzusetzen, beispielsweise im Sinne einer Stärkung der Verhandlungs- und Sanktionsmacht der ärmeren Länder. Allerdings haben sich bis heute in der WTO primär die Interessen der Industriestaaten und hier wiederum die der multinationalen Unternehmen durchgesetzt, die ein grosses Interesse an der Handelsliberalisierung haben.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um eine gerechtere Weltordnung zu etablieren?

MARTI: Eine globale Ordnung ist dann gerecht, wenn alle Menschen die gleichen Lebenschancen haben. Möglicherweise kann die Umverteilung von Ressourcen diesem Zweck dienen.

Entscheidend ist aber, wer bestimmt, was Chancengleichheit bedeutet und wie diese zu erreichen sei. Die Benachteiligten dieser Welt sollten in dieser Hinsicht ein viel grösseres Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht bekommen. Der Weg hin zu einer gerechteren Weltordnung müsste also über den Aufbau globaler demokratischer Organisationen führen.

Denken Sie an ein globales Parlament oder eine Weltregierung?

MARTI: Weltregierung klingt für viele abschreckend. Doch wirtschaftspolitische Entscheidungen, die die Weltbevölkerung betreffen, können nur legitim sein, wenn ihnen eine Gesetzgebung zugrunde liegt, an der die ganze Weltbevölkerung in irgendeiner Weise partizipieren kann. Als sich in der Frühen Neuzeit in Europa eine kapitalistische Wirtschaftsform

entwickelt hatte, übernahmen Staaten die Funktion, den Marktaktivitäten feste Regeln zu geben. Wenn wir heute davon ausgehen, dass Handel und Produktion sich globalisieren, dann muss das auch auf der politischen Ebene seine Entsprechung finden.

Das heisst, die Politik hinkt der Wirtschaft immer hinterher, und der Markt diktiert die Gesetze?

MARTI: Auf den ersten Blick ist das so. Historisch konnte der Kapitalismus sich jedoch nur entwickeln, weil der Staat die Regeln garantierte. Im Laufe des 19. Jahrhundert ist der Kapitalismus durch die Einführung der Sozialstaaten gezähmt und eine angesichts grosser Armut drohende gesellschaftliche Instabilität abgewendet worden. Heute befinden wir uns möglicherweise in der frühen Phase einer neuen

«Der IWF ist immer noch dem Dogma verpflichtet, der Markt könne Probleme besser lösen als politische Institutionen.» Urs Marti



Entwicklung. Wenn der Weltmarkt sich selbst überlassen wird, die mächtigsten Akteure ihre Interessen durchsetzen und die Regeln bestimmen, wird das in den armen und in den reichen Regionen des Planeten viele Verlierer, Armut und Instabilität schaffen. Dann wird sich die Nachfrage nach politischer Regulierung wieder erhöhen.

Dann werden also vorderhand multinationale Konzerne bestimmen, wie Staaten handeln?

MARTI: Im Moment gibt es eine starke Tendenz zur Privatisierung von Ressourcen, zum Beispiel des Wassers oder auch von Dienstleistungen. Die Privatisierung von Ressourcen vergrössert die Macht privater Akteure, auf Staaten Druck auszuüben. Viele Experten haben diese Gefahr erkannt. Eine stärkere Regulierung der Weltwirtschaft könnte private Akteure disziplinieren. Das Problem ist, dass vor allem der IWF noch immer dem wirtschaftspolitischen Dogma verpflichtet ist, das davon ausgeht, der Markt könne prinzipiell Probleme besser lösen als eine politische Institution. In dieser Hinsicht hoffe ich darauf, dass Menschen lernfähig sind.

Ungerechtigkeit betrifft ja nicht nur Wirtschaft und Soziales. Welche Bedeutung haben Krieg und Frieden für die globale Gerechtigkeit?

MARTI: Frieden ist die Bedingung einer Rechtsordnung. Und Gerechtigkeit im modernen Sinne heisst, dass eine Rechtsordnung besteht, die von allen Betroffenen anerkannt wird. Das Völkerrecht definiert die Kriterien eines gerechten Verhaltens zwischen Staaten. Es bestimmt auch, unter welchen Bedingungen Kriegshandlungen legitim sind. Im Fall des letzten Irak-Kriegs wurde als ungerecht in erster Linie beurteilt, dass einige Staaten die völkerrechtlichen Regeln nicht respektiert haben.

Hat sich punkto Recht und Frieden in globaler Hinsicht etwas geändert?

MARTI: Wir haben seit 1989 eine neue Situation. Vorher gab es die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West. Sie verhinderte, dass die UNO und damit eine der wesentlichen Institutionen des Völkerrechts ihren Auftrag wahrnehmen

konnte, da die Grossmächte durch ihr Veto-recht die Möglichkeit hatten, jede Initiative zu blockieren. Nach 1989 nahm man an, die Welt würde nun friedlicher werden. Das hat sich unterdessen als Wunschdenken erwiesen. Auch die UNO konnte sich nicht auf neue Entscheidungsmechanismen einigen. Nach wie vor ist der Sicherheitsrat das entscheidende Gremium, und der nötige Konsens ist in vielen Fällen nicht vorhanden.

Haben sich durch das Auftreten der USA, die die Genfer Konvention missachten oder den Internationalen Strafgerichtshof nicht anerkennen, die Chancen für eine friedlichere und gerechtere Welt verschlechtert?

MARTI: Sicher. Die im 20. Jahrhundert begangenen Kriegsverbrechen haben den Ruf nach einer globalen judikativen Gewalt immer lauter werden lassen. Die ablehnende Haltung der USA gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof ICC folgt einer gewissen Logik. Ein mächtiger Akteur kann sich sagen, er brauche keine globale Judikative, weil er stark genug ist, für sein Recht selber zu sorgen. Die USA wollen sich nicht durch eine supranationale Gewalt die Hände binden lassen. Mit der Nichtanerkennung verhindern sie letztlich eine grössere Gerechtigkeit.

Die Schweizer Aussenministerin Micheline Calmy-Rey hat kürzlich die Genfer Initiative für einen israelisch-palästinensischen Frieden in Schwung gebracht. Welche Rolle können kleine Staaten wie die Schweiz im Projekt einer gerechteren Welt spielen?

MARTI: Die Genfer Initiative stellt in einer für Palästina und Israel äusserst schwierigen Situation einen Hoffnungsschimmer dar. Es ist verdienstvoll, wenn auch kleine Staaten sich darum bemühen, solchen Friedensinitiativen eine grössere internationale Resonanz zu verschaffen. Jedes einzelstaatliche Handeln in solcher Hinsicht ist positiv. Allgemein sollten derartige Initiativen idealerweise im Rahmen der UNO stattfinden. Denn die Möglichkeiten der Koordination der globalen Öffentlichkeit sind dort grösser wie auch die Chancen, dass die Initiative nicht versandet. Denkbar ist, dass eine stärkere aussenpolitische Aktivität kleiner Staa-

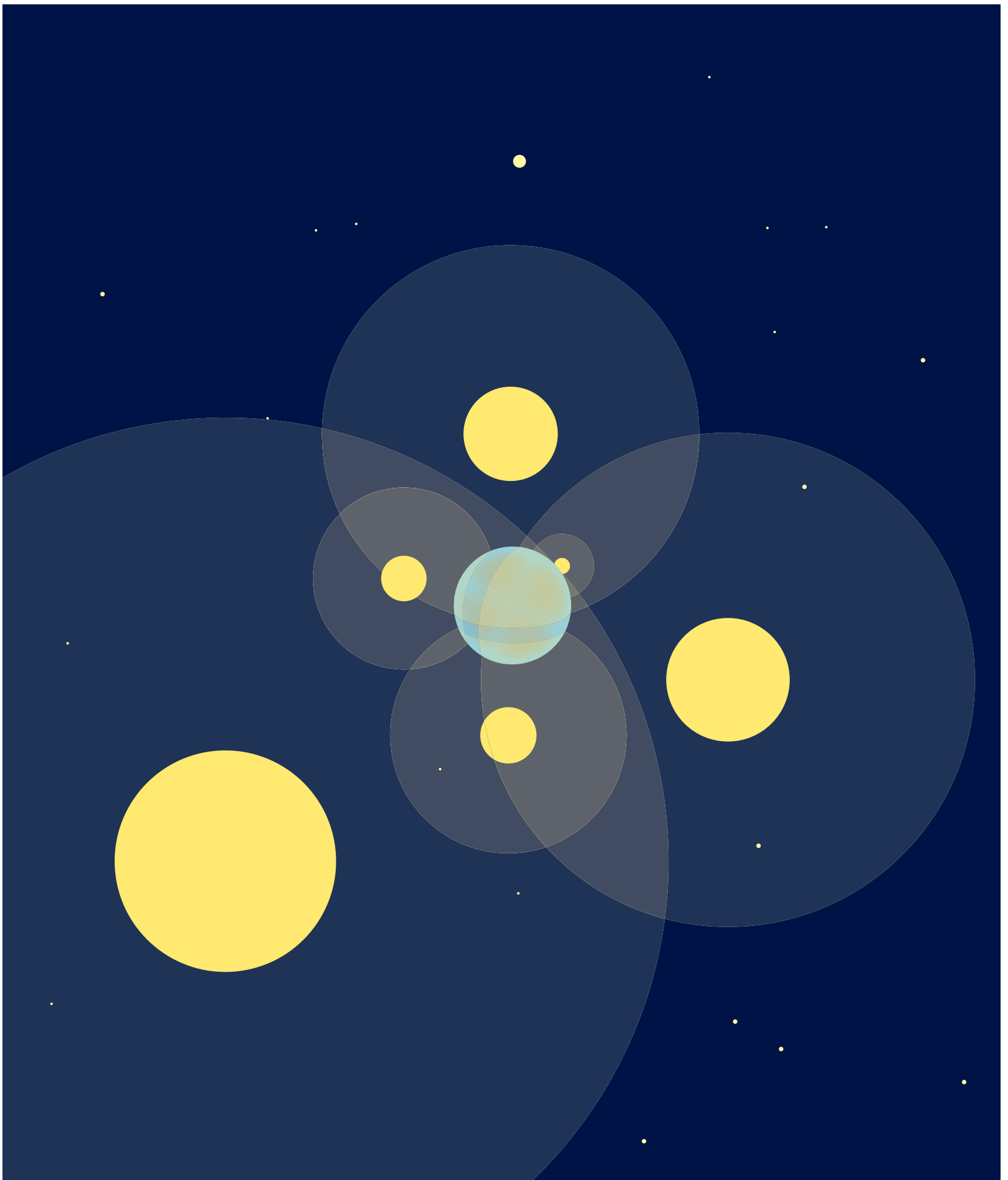
ten langfristig die Handlungsmöglichkeiten der UNO vergrössert.

Welchen Beitrag kann die Politische Philosophie in der Gerechtigkeitsdebatte leisten?

MARTI: Der Ruf nach Gerechtigkeit ist von Erfahrungen der Ungerechtigkeit motiviert. Bekanntlich fühlen sich auch Menschen, denen es vergleichsweise gut geht, rasch einmal ungerecht behandelt. Das gilt für Kinder in der Familie oder in der Schule, für Erwachsene im Berufsleben, für soziale Gruppen und für Staaten. Neben vielen kleinen Ungerechtigkeiten gibt es die global ungleiche Verteilung der Chancen, anständig zu leben, selbstbestimmt zu handeln und sich zu entwickeln. Erfahrungen von Ungerechtigkeit sind verwirrend vielfältig, und nicht selten ist der Ruf nach Gerechtigkeit Ausdruck subjektiver Empfindungen oder partikularer Interessen. Deshalb gibt es das Bedürfnis nach einer Wissenschaft der Gerechtigkeit. Die Politische Philosophie beansprucht, dies zu sein, indem sie vernünftige, für möglichst viele Menschen nachvollziehbare, unparteiische Kriterien von Gerechtigkeit definiert. In diesem Sinne kann die Politische Philosophie unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit differenzieren helfen.

ZUR PERSON

Dr. Urs Marti ist Privatdozent für Politische Philosophie an der Universität Zürich. Seine Forschungsschwerpunkte liegen neben der Politischen Philosophie bei der Rechtsphilosophie; seit ein paar Jahren widmet er sich besonders den Themen globale Gerechtigkeit und Globalisierung von Recht und Politik. Zuletzt hat er mit Georg Kohler das Buch «Konturen der neuen Welt(un)ordnung. Beiträge zu einer Theorie der normativen Prinzipien internationaler Politik» (2003) herausgegeben. Urs Marti forscht im Rahmen des EU-Projekts «Global Justice», an dem das Philosophische Seminar der Universität Zürich beteiligt ist.



Auf der Erde ist es ruhig geworden. Alle leben auf ihrem eigenen Land, das sich in nichts von dem der andern unterscheidet. Sie leben in der vollkommenen Gewissheit, dass es nirgends etwas gibt, was sie nicht selbst besitzen. Denn es ist alles verteilt, was zu verteilen war.

Manuela Pfrunder: *Neotopia, Atlas zur gerechten Verteilung der Welt*, Limmat Verlag Zürich. Registrieren Sie sich ihr persönliches Land: www.neotopia.ch